



„Bildungspolitik auf Bundesebene. Was ist geblieben vom Konzept Bildungsrepublik Deutschland?“

Ein Arbeitspapier des Bezirksvorstandes der Jungen Union Hannover, erarbeitet und beschlossen auf der Klausurtagung des Bezirksvorstandes im September 2010 in Wolfsburg

Einleitung

Noch während der großen Koalition wurde das Politikfeld „Bildung“ zum Bereich höchster Priorität erkoren. Diese Willensbekundung manifestierte sich im 1. Qualifizierungsgipfel im Jahr 2008 in Dresden und zahlreichen dort beschlossenen Initiativen, die wegbereitend für eine „Bildungsrepublik Deutschland“ sein sollten.

Wichtigste Maßnahmen sollten unter anderem die Steigerung der Ausgaben von Bund und Ländern im Bereich Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 sein. Weiterhin wird bis zum Jahr 2015 die Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss auf 4 Prozent angestrebt. Im Bereich höherer Bildung wurde die Anhebung der Studienanfängerquote¹ auf 40 Prozent beschlossen und eine bessere Durchlässigkeit sowie erleichterte Hochschulzugangsbedingungen für beruflich Qualifizierte wie z.B. Meister und Fachwirte festgelegt. Wesentliches Augenmerk wird insbesondere der frühkindlichen Erziehung und Bildung zuteil. Hier wurde die Einführung von Sprachstandsfeststellungen vereinbart.

Im Jahr 2010 belaufen sich diese Ausgaben bereits auf 8,6 Prozent am BIP. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss gleicht vor allem in den neuen Bundesländern einem Desaster. Während die alten Länder ihre Quote auf 6,7 Prozent im Durchschnitt senken konnten, sind in den neuen Ländern 11,6 Prozent der Schüler ohne Abschluss. Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern mit ca. 17 Prozent. Die angestrebten 40 Prozent Studienanfänger eines Jahrgangs wurden bereits erreicht. Deutschland ist damit jedoch vor der Türkei Schlusslicht der europäischen Länder und hat insbesondere bei der Absolventenquote mit 25 Prozent Nachholbedarf. Der OECD-Durchschnitt liegt bei der Studienanfängerquote bei 56% und bei der Absolventenquote bei 38%.

Um höhere Studienanfängerquoten zu erreichen, ist ein Grundansatz der Bundesregierung, jungen Menschen die Finanzierung eines Studiums zu erleichtern. Die Regierung setzt hier insbesondere auf den Aufbau eines nationalen Stipendienprogramms und den Ausbau des BAföG.

Nationales Stipendienprogramm

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den Anteil der Stipendiaten an den Studenten von derzeit etwa 2% auf 10% (entspricht etwa 160000 Studenten) zu erhöhen. Diese „Deutschlandstipendien“ in Höhe von 300 € monatlich sollen jeweils zur Hälfte aus öffentlichen und aus privaten Geldern finanziert werden, wobei der öffentliche Anteil gleichmäßig vom Bund und den Ländern getragen werden soll. Der Start dieses Programms war für Oktober 2010 vorgesehen. Gleichzeitig sollte das Büchergeld der bisherigen Stipendiaten der Begabtenförderungswerke von

¹ Die Studienanfängerquote gibt den Anteil eines Jahrgangs an, der ein Studium aufnimmt.

derzeit 80 € auf 300 € monatlich erhöht werden. Die Kosten für das geplante Stipendienprogramm belaufen sich auf etwa 150 Mio. €.

Das geplante Stipendienprogramm drohte zwischenzeitlich im Bundesrat am Widerstand der Länder zu scheitern, da diese nicht bereit waren, ihren Anteil an den öffentlichen Geldern zu tragen. Um sich die Zustimmung der Länder zu sichern, hat der Bund den Länderanteil komplett übernommen. Dafür wird das Programm erst mit dem Sommersemester 2011 starten. Außerdem ist zunächst lediglich eine Erhöhung der Stipendiatenquote um 0,3% (etwa 6000 Stipendien) geplant. Erst in 8-10 Jahren soll eine Quote von 8% erreicht sein. Vom 10%-Ziel hat sich die Regierung derzeit verabschiedet. Angedacht ist aktuell eine Mindestdauer der Stipendien von zwei Semestern. Gleichzeitig werden die Mittel für die Begabtenförderungswerke um 60 Mio. € gekürzt, was den zusätzlichen Mitteln für die anderen Stipendien nahe kommt. Das Büchergeld wird auf nur 150 € erhöht.

BAföG-Novelle

Mit der BAföG-Novelle wurde der BAföG-Satz um 2% (entspricht im Schnitt 13 €) erhöht. Gleichzeitig stiegen die Elternfreibeträge um 3% (auf 1605 €) und Beiträge zur sog. „Riester-Rente“ wurden freigestellt. Die Altersgrenze wurde von derzeit 30 auf 35 Jahre angehoben. Insgesamt sollen so 50.000-60.000 Studenten mehr gefördert werden. Daneben werden Stipendien für begabte Studenten bis zu einer Höhe von 300 € nicht auf den BAföG-Satz angerechnet.

Die BAföG-Novelle wurde am 27.10.2010 verabschiedet. Sie kostet ca. 500 Mio. €. Die Länder tragen einen Teil der Mehrkosten, da das BAföG zu 35% von den Ländern finanziert wird. Vorerst war die Umsetzung der BAföG-Novelle am Widerstand der Länder im Bundesrat gescheitert. Bildungsministerin Schavan konnte sich letztlich die Zustimmung der Länder durch eine Zusage von 130 Mio. € Forschungsförderung für die Universitäten sichern.

Fazit

Der Bezirksverband der Jungen Union Hannover begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, der Bildungspolitik höchste Priorität beimessen zu wollen, da die Bildung Deutschlands bedeutendsten Rohstoff darstellt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen können aus Sicht der JU maßgeblich dazu beitragen, dass Deutschland international einen Spitzenplatz in der Bildung einnimmt. Daher befürworten wir den Aufbau eines nationalen Stipendienprogramms, da dieses auch dazu beiträgt, hervorragende Leistungen von Begabten weiter zu fördern und entsprechend zu würdigen. Außerdem ist der gleichzeitige Ausbau des BAföG der richtige Weg zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit, weil hiermit die Aufnahme und Durchführung eines Studiums gefördert wird.

Die JU kritisiert jedoch in aller Entschiedenheit die mangelhafte Umsetzung beider Maßnahmen. Bisher hat es von Seiten der Bundesregierung nur Lippenbekenntnisse gegeben, denen kaum Taten gefolgt sind. Das ursprünglich sehr ehrgeizige Stipendienprogramm wurde massiv zusammengeschrumpft und hat kaum etwas mit den ursprünglichen Planungen gemeinsam. Die BAföG-Reform drohte lange zu scheitern und konnte nur durch einen Kuhhandel der Bundesbildungsministerin gerettet werden.

Die bildungspolitischen Kernvorhaben der schwarz-gelben Koalition sind damit an den Fragen der Finanzierungen sowie am Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern entweder gescheitert oder bis zur Unkenntlichkeit reduziert bzw. gekürzt worden.

Will man den Begriff der „Bildungsrepublik Deutschland“ nicht zur Farce verkommen lassen, müssen die mit großem medialem Aufwand vorgestellten Maßnahmen auch in dem angekündigten Umfang umgesetzt und die entsprechende Finanzierung sichergestellt werden. Im Vergleich zu Milliardenprogrammen wie beispielweise der Abwrackprämie (kostete ca. 5 Mrd. €), sind die hier in Rede stehenden Summen als deutlich zu gering zu bezeichnen, zumal der Nutzen von Bildungsinvestitionen deutlich den Effekt anderer Programme übersteigt.

Angesichts der bisher mangelhaften Umsetzung der mit dem Schlagwort „Bildungsrepublik Deutschland“ zusammengefassten Zielsetzungen, droht der schwarz-gelben Bundesregierung im Übrigen genauso wie den unionsgeführten Bundesländern ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust insbesondere bei jüngeren Menschen wie Schülern, Abiturienten und Studenten. Das zögernde Vorgehen geht letztendlich zu Lasten von Menschen, nämlich den betroffenen (potentiellen) Studenten, die ein Anrecht auf Planungssicherheit bezüglich der Finanzierung ihres Studiums haben.

Der Bezirksverband der Jungen Union Hannover fordert daher:

- Die Bundesregierung muss endlich ernst machen mit der „Bildungsrepublik Deutschland“ und die angekündigten Maßnahmen deutlich energischer und verlässlicher vorantreiben.
- Das Stipendienprogramm muss in seinem ursprünglichen Umfang mit 160000 neuen Stipendien noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.
- Die Stipendien müssen auch in der Stipendiendauer attraktiv gestaltet sein. Eine Leistungskontrolle hat zu erfolgen.
- Bei der Vergabe der Stipendien muss ehrenamtliches Engagement eine besondere Berücksichtigung finden.
- Es darf keine gleichzeitige Kürzung bei den Begabtenförderungswerken geben.

- Eine Benachteiligung bisheriger Stipendiaten der Begabtenförderungswerke gegenüber den neuen Stipendiaten darf es nicht geben.
- Im Rahmen des nationalen Stipendienprogramms werden die Maßnahmen zur steuerlichen Förderung von Stiftungen verstärkt, so dass dies zum Aufbau einer Stiftungslandschaft beiträgt.
- Die Bund-Länder-Streitereien beim BAföG waren lächerlich und gingen nur zu Lasten der Studenten. Die Länder müssen sich bewusst sein, dass Bildung maßgeblich ihre Aufgabe ist.
- Der BAföG-Satz ist jährlich an die Inflationsrate zu anzupassen. Der Elternfreibetrag ist deutlicher zu erhöhen.
- Die Bundesregierung verbessert die Aufklärung über die Ausgestaltung des BAföG (insbesondere über die Rückzahlungsmodalitäten).
- Bei der Ermittlung der konkreten BAföG-Höhe sind auch Kinder der Eltern zu berücksichtigen, die ebenfalls Anspruch auf BAföG haben. Dies kann etwa über eine Erhöhung der Elternfreibeträge pro Kind geschehen, wobei Kinder ohne Anspruch auf BAföG weiterhin besser gestellt bleiben müssen.